

Tidten, Markus

Research Report

Meldet sich Japan in der Außenpolitik zurück?

SWP-Studie, No. S 15/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Tidten, Markus (2002) : Meldet sich Japan in der Außenpolitik zurück?, SWP-Studie, No. S 15/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252420>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Markus Tidten

Meldet sich Japan in der Außenpolitik zurück?

S 15
Mai 2002
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2002

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Außenpolitik – zu wichtig für das
Außenministerium 7

Die vergebliche Suche nach einer neuen
politischen Rolle 9

Die Last der Geschichte 13

Von den Verteidigungsrichtlinien zum
Antiterrorgesetz 15

Fazit 17

Abkürzungen 18

Meldet sich Japan in der Außenpolitik zurück?

Als Terroristen am 11. September 2001 das World Trade Center in New York zerstörten, war in Tokyo die Regierung des »Reformers« Junichiro Koizumi gerade fünf Monate im Amt. Sie schloß sich den Solidaritätsbekundungen zahlreicher Regierungen umgehend an und sagte dem amerikanischen Präsidenten Bush »uneingeschränkte Solidarität« (unconditional support) in seinem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu. Im krassen Gegensatz zu der zögerlichen Unterstützung der Golfkriegsallianz gegen den Irak 1991 dauerte es diesmal nur zwei Monate, bis ein umfangreiches Gesetzespaket verabschiedet wurde, das den japanischen Streitkräften den Einsatz an der Seite der USA ermöglichte. Bereits Anfang November startete das erste japanische Marinekontingent mit zwei Zerstörern und einem Versorgungsschiff in Richtung Indischer Ozean. Insgesamt 1000 Marinesoldaten wurden zur logistischen Unterstützung der Amerikaner abkommandiert. Japans Militär operiert damit erstmals seit dem Pazifischen Krieg wieder weit außerhalb japanischer Territorien, transportiert für das US-Militär Treibstoff und Personal und betreibt militärische Aufklärung für die Amerikaner im Indischen Ozean.

Angesichts von Tokyos schnellem und entschlossenem Handeln stellt sich die Frage, ob Japan seit September 2001 neue außenpolitische Zielsetzungen verfolgt oder ob diese in den Bahnen der bisherigen reaktiven Außenpolitik bleiben. Unter Berücksichtigung der außenpolitischen Aktivitäten Tokyos seit den neunziger Jahren lassen sich einige Schlußfolgerungen ziehen:

- ▶ Die auf den ersten Blick spektakulär anmutende Ausweitung des Aktionsradius japanischer Marineeinheiten stellt nur eine konsequente Fortsetzung von sicherheitspolitischen Ansätzen dar, die bereits 1997 zur Revision der Verteidigungsrichtlinien geführt haben.
- ▶ Die bis dahin übliche, zeitraubende »parlamentarische« und innenpolitische »Auseinandersetzung« über Fragen der Verfassungskonformität der neuen gesetzlichen Maßnahmen fand diesmal kaum statt. Koizumi und seiner Regierung gelang es in Rekordzeit, einen juristischen Rahmen für Japans militärische Beteiligung an Antiterrormaßnahmen festzulegen.

- ▶ »Neu« an dieser Außenpolitik (verstanden als Kombination außen- und sicherheitspolitischer Maßnahmen) Tokyos ist vor allem die Reaktion der Nachbarn Japans; die gewohnten Proteste aus dem Ausland waren verhalten (Korea) oder blieben ganz aus (China).
- ▶ Der bislang oft vorherrschende »bürokratisierte Pazifismus« Japans, der aus Sicht der USA die Allianz eher behinderte als stärkte, macht einem »sicherheitspolitischen Realismus« Platz, der sich allerdings (noch) strikt im Rahmen des Sicherheitsvertrages manifestiert.
- ▶ Eine neue politische Rolle wird möglicherweise erst nach Überwindung der momentanen Konjunkturschwäche sichtbar werden. Sie könnte dann mit mehr Nachdruck und vor dem Hintergrund eines deutlicher gewordenen sicherheitspolitischen Selbstverständnisses definiert werden.
- ▶ Mit Verblässen der Auswirkungen des 11. September könnte das politische Rollenverständnis der »wieder erstarkten Wirtschaftsmacht Japan« bei seinen Nachbarn dann zu Irritationen führen, wenn die sicherheitspolitische Partnerschaft mit den USA (durch Japan selbst oder durch seine Nachbarn) in Frage gestellt würde.

Außenpolitik – zu wichtig für das Außenministerium

Ende Januar dieses Jahres wurde die in der Bevölkerung beliebte Außenministerin Makiko Tanaka nach nicht einmal einjähriger Amtszeit entlassen und durch Yoriko Kawaguchi ersetzt. Weder die Popularität noch die Entlassung Tanakas stehen in Verbindung mit der Außenpolitik Japans nach dem 11. September. Der Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes erfolgte vielmehr aus innen- und parteipolitischen Gründen.

Makiko Tanaka war die treibende Kraft in der Wahlkampagne, mit deren Hilfe Junichiro Koizumi im April 2001 als Überraschkandidat den LDP-Parteivorsitz und damit das Amt des Regierungschefs eroberte.¹ Die Popularität von Makiko Tanaka (wie auch die von Koizumi selbst) gründet in ihren Wahlversprechen. Erklärtes Ziel der Koizumi-Regierung war es, durch Gesetzesnovellen Partei und Bürokratie umfassend zu reformieren sowie Politik bzw. politische Entscheidungen für das Volk transparent zu machen. Makiko Tanaka hat sich nach ihrem Amtsantritt entschieden für Antikorruptionsmaßnahmen eingesetzt. Die plötzliche Ablösung der in der Bevölkerung nach wie vor populären Politikerin kann daher innenpolitisch als erstes und möglicherweise folgenschweres Einknicken des »Reformers« Koizumi vor der mächtigen Ministerialbürokratie und der mit ihr verflochtenen LDP-Oligarchie interpretiert werden. Mit Tanakas Nachfolgerin Yoriko Kawaguchi, bisher Umweltministerin in Koizumis Kabinett, kehrt wieder eine – wenn auch verdiente und integre – Bürokratin in das Auswärtige Amt zurück.

Der Fall von Makiko Tanaka scheint einmal mehr zu bestätigen, daß es in Japan zwei Regierungen gibt: eine vom Volk gewählte, die offiziell die Regierungs-

geschäfte führt, und eine nicht gewählte, bestehend aus Ministerialbürokratie in enger Verflechtung mit der LDP, welche die Richtlinien der Politik tatsächlich bestimmt. Das gilt vor allem für die Außenpolitik.

Kein Außenminister der letzten Dekade hat die außenpolitischen Interessen Japans maßgeblich bestimmt oder gar neue Ziele konzipiert. Bestenfalls marginale und kurzfristige Schwerpunktsetzungen sowie persönliche Neigungen führten in der Vergangenheit mal zu mehr, mal zu weniger Reisetätigkeit des jeweiligen Chefdiplomaten aus Tokyo. Eher noch als der Außenminister ist der Regierungschef bis zu einem gewissen Grad in der Lage, deutliche außenpolitische Akzente zu setzen. Dafür stehen beispielsweise Kakuei Tanaka (1972–74) und seine Aussöhnungspolitik mit der Volksrepublik China. Takeo Fukuda (1976–78) unterstrich mit seiner aus dem Jahre 1977 stammenden Fukuda-Doktrin eine besondere Hinwendung zu den ASEAN-Staaten. Yasuhiro Nakasone (1982–87) Charakterisierung Japans als »unsinkbarer Flugzeugträger« für die USA in Asien stellte 1983 die besondere Qualität der sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen Tokyo und Washington heraus. Grundsätzlich ist aber Japans Außenpolitik das Ergebnis von Überlegungen innerhalb der Ministerialbürokratie sowie zwischen ihr und hohen LDP-Funktionären. Jeder neue Amtsträger wird von der Bürokratie »gebrieft«. Das ist in gewisser Hinsicht auch notwendig, da die Vergabe von Regierungsposten weniger an Sachkompetenz als an ein der Partei genehmes Verhalten gebunden ist. So hüten sich denn auch japanische Politiker, außenpolitische Themen zur persönlichen oder zur Parteiprofilierung konfrontativ im Wahlkampf einzusetzen. Mit einer eigenwilligen Positionierung laufen sie Gefahr, die Unterstützung ihrer Partei und deren Seilschaften in Bürokratie und Wirtschaft zu verlieren. Aus den genannten strukturellen Gründen verwundert es nicht, daß die japanische Außenpolitik keine scharfen Konturen besitzt und stärker reaktive als initiativ Züge aufweist.

Ein »außenpolitischer roter Faden« wird erst erkennbar, wenn man Japans Außenpolitik über einen größeren Zeitraum hinweg betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die jahrhundertealte und in der Bevölkerung tief verwurzelte Überzeugung bedeut-

¹ Zu Beginn des parteiinternen Wahlkampfes um den Vorsitz der LDP waren die bekannten LDP-Größen und der Kandidat Ryutaro Hashimoto äußerst siegessicher. Das Verfahren, neben Hashimoto noch drei weitere Kandidaten (darunter eben auch Junichiro Koizumi) aufzustellen, war offensichtlich nur als demokratisches Feigenblatt für die Öffentlichkeit gedacht. Für Koizumi, der im Gegensatz zu seinen Kontrahenten praktisch über keine Hausmacht innerhalb der Partei verfügte, blieb nur der – letztlich erfolgreiche – Appell an die Öffentlichkeit. Vgl. Markus Tidten, Koizumi, der Reformer, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2001 (SWP-Aktuell 11).

sam, daß Japan etwas Besonderes sei und leisten müsse. Trotz des japanischen Militarismus in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ist diese Grundeinstellung kein Kennzeichen eines Nationalchauvinismus, sondern Ausdruck eines ausgeprägten Sinnes für Verantwortung, die Japan in der Region zu übernehmen wünscht. Dieses nationale Selbstverständnis hat durch den Ausgang des Pazifischen Krieges erheblich gelitten – noch nie in der Geschichte war das Land besiegt und von fremden Truppen besetzt worden –, besteht jedoch bis heute fort. Nach gelungenem Wiederaufbau und neugewonnener wirtschaftlicher Stärke (was sicherlich ohne die »konstruktive Besatzungspolitik« der Amerikaner von 1945 bis 1952 nicht möglich gewesen wäre), befand sich Tokyo bald wieder – wenn auch »nur« ökonomisch – unter den Führungsnationen der Welt. Und für Japans Selbstverständnis besonders wichtig: Es wurde in Asien wieder die Nummer eins. Der nach dem Zweiten Weltkrieg erneuerte und bislang eher pazifistisch angelegte Führungsanspruch Japans in der Region basiert auf zwei Voraussetzungen: der wichtigste Sicherheitspartner der USA in Asien zu sein sowie der Tatsache, daß Japan immer noch der größte Geber internationaler Entwicklungshilfe ist (bezogen auf den ODA-Anteil am BSP). Damit sind die grundlegenden Rahmenbedingungen benannt, die für die Außenpolitik Japans und seine Suche nach einer »Great Power Identity«² maßgeblich sind.

Japans Bestreben, vor allem in der Region eine seinem Selbstverständnis entsprechende Rolle zu finden, das heißt Einfluß auf die dortigen Entwicklungen zu gewinnen, ist an seinem Verhalten gegenüber den vier Nachbarstaaten (Rußland, Nord- und Südkorea, China) erkennbar: Es ist der Versuch, ökonomische Macht in andere Machtformen umzusetzen.³ Gleichzeitig stellt die Einbettung dieser bilateralen Beziehungen in das für Japan wichtigste Verhältnis, das zu den USA, seit 1945 die außenpolitische Herausforderung par excellence dar.

² Was Rozman mit »Great Power Identity« umschreibt, ist weniger als ein vordergründiges Streben nach militärischer oder politischer Hegemonie im ostasiatischen Raum zu verstehen, sondern als Japans Bedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung; dessen Bevölkerung ist durchaus gewillt, für Frieden und Prosperität in der Region entsprechende Beiträge zu leisten. Vgl. Gilbert Rozman, Japan's Quest for Great Power Identity, in: Orbis, 46 (Winter 2002) 1, S. 73–91.

³ Rozman nennt hier vor allem politische und kulturelle Macht; ebd., S. 75.

Die vergebliche Suche nach einer neuen politischen Rolle

Das Jahr 1995 war für Japan in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Die USA, der wichtigste außen- und sicherheitspolitische Verbündete Japans, begannen sich nach dem Ende des Kalten Krieges in ihrer Rolle als einzige verbliebene Supermacht neu einzurichten; innenpolitisch hatte Japan die Erfahrung eines »Regierungswechsels«⁴ nach fast vierzig Jahren Alleinherrschaft der LDP gerade hinter sich; und schließlich stand der fünfzigste Jahrestag der Beendigung des Pazifischen Krieges an. Letzteres nahm das Parlament zum Anlaß, die Verabschiedung einer Resolution vorzubereiten, die auch Worte des Bedauerns und der Entschuldigung gegenüber den asiatischen Nachbarstaaten enthalten sollte. Einflußreiche konservative Kräfte in der LDP hintertrieben jedoch dieses Vorhaben. Für sie waren die vorgeschlagenen Formulierungen, die als Schuldeingeständnis betrachtet werden konnten, nicht vereinbar mit ihrem Bild von Japan als Nummer eins in Asien. Sie sahen Tokyo vor allem als Geber und Gönner für das restliche Asien. Obwohl nur eine Minderheit, war dieser Teil des oligarchischen Machtapparates der LDP einflußreich genug, um die Resolution zum Scheitern zu bringen. Zahlreiche Präfekturparlamente (die meisten mit LDP-Mehrheit) hatten bereits zuvor Resolutionen zu diesem Thema verabschiedet, die eher Japans Größe priesen als eine kritische Sicht der Geschichte präsentierten. Die Wirkung auf das Ausland war katastrophal. Die Verurteilung des mangelnden Geschichtsbewußtseins Japans und seiner vermeintlichen neuen Gefährlichkeit einte auf einen Schlag so unterschiedliche

Staaten und Systeme wie Nord- und Südkorea, Taiwan und China in ihrer Kritik an Tokyo.

Rechte und nationalkonservative Vorstellungen wurden durch die Tatsache bestärkt, daß es Japan offensichtlich nicht gelang, die zu diesem Zeitpunkt noch vorhandene wirtschaftliche Macht in politische umzumünzen. So wurde etwa Tokyos Hoffnung enttäuscht, daß ein vom Sowjetsystem befreites Rußland, nach Kapital und Marktwirtschaft strebend, ein leichter Verhandlungspartner werden würde. Die russische Regierung unter Jelzin war in den Jahren 1994 bis 1996 jedoch weder willens noch innenpolitisch in der Lage, über den Status der südlichen Kurilen (Japans Nordterritorien) zu verhandeln oder gar Zugeständnisse zu machen. Tokyos finanzielle Zurückhaltung – als eine Art »Strafe« gedacht – blieb wirkungslos, denn die USA und Europa verhalfen Rußland zu umfangreichen IWF-Krediten.

Gleichzeitig zeigte auch Beijing, das sich wieder Moskau annäherte, Tokyo zunehmend die kalte Schulter. Japan war zwar als Finanzier willkommen (China betrachtet schon immer Entwicklungshilfe aus Japan als Selbstverständlichkeit und eine Art historische Wiedergutmachung), nicht aber als »marktwirtschaftlicher Wegbereiter«, der China sozusagen an die Hand nahm und in die »freie marktwirtschaftliche Welt« einführte. Die verpaßte Chance, eine sorgsam formulierte Resolution zum 50. Jahrestag des Kriegsendes zu verabschieden, hatte besonders für Japans Verhältnis zu China fatale Folgen. Dort verbreitete sich ein neuer Nationalismus auf der Grundlage einer heftigen anti-japanischen Stimmung; zugleich konnte die Volksrepublik beeindruckende wirtschaftliche Wachstumsraten verzeichnen. Hier war kein Bedarf für eine »Brückenfunktion« Japans zwischen China und den USA, was noch zu Beginn der neunziger Jahre die außenpolitische Phantasie in Tokyo beflügelt hatte.⁵

Ähnlich deprimierend war auch die Situation gegenüber Südkorea, das für Japan aufgrund der über 600 000 ethnischen Koreaner im Lande⁶ ein besonders

4 Zum ersten Mal in Japans Nachkriegsgeschichte wurde im Sommer 1993 die LDP unter Kiichi Miyazawa aus der Regierung gewählt. Es gab für kurze Zeit eine Mehrparteienkoalition unter Morihiro Hosokawa, gefolgt von einer »großen Koalition« zwischen den Sozialisten (sie stellten mit Tomoichi Murayama den Regierungschef) und der LDP. Bis heute, mittlerweile ist die LDP (seit 1995) wieder an der Macht, ist die Parteienlandschaft noch nicht zur Ruhe gekommen. Noch immer gibt es Absplitterungen von der LDP, Neugründungen und Wiedereintritte in die LDP. Lediglich für die Sozialisten, ehemals die größte Oppositionspartei und vor 1995 an Einfluß und Mandatsstärke durchaus mit der LDP vergleichbar, war die Regierungsbeteiligung der Anfang vom langsamen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.

5 Vgl. Rozman, Japan's Quest for Great Power Identity (wie Anm. 2), S. 82.

6 Dabei handelt es sich um Nachkommen von Koreanern, die vor und während des Pazifischen Krieges nach Japan zwangsumgesiedelt wurden. Dort besitzen sie zwar eine permanente

delikater Fall ist. So wurde ein eigentlich unbedeutender Dissens zwischen Korea und Japan über die staatliche Zugehörigkeit einer kleinen unbewohnten Insel im Japanischen Meer (Takeshima bzw. Tokto) von Nationalisten auf beiden Seiten zum Anlaß gegenseitiger Beschimpfungen.⁷

Japans Vorstellungen von einer »Great Power Identity« waren und sind nur mit Zustimmung der USA denkbar und realistisch. Die seit 1952 bestehende besondere Sicherheitspartnerschaft mit den USA ist die Existenzgrundlage für das Land und steckt indirekt immer den außenpolitischen Spielraum für Tokyo ab. Daher werden in Japan – tatsächliche oder vermeintliche – Veränderungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten immer besonders aufmerksam registriert. Um so enttäuschender war die Bilanz Mitte der neunziger Jahre: Der Clinton-Administration war in dieser Zeit offensichtlich mehr daran gelegen, ein neues Verhältnis zu China aufzubauen, als das bestehende mit Japan zu intensivieren. Die Irritationen auf japanischer Seite werden an einem Beispiel deutlich: 1994 erklärte sich Nordkorea auf amerikanischen Druck hin im Genfer Rahmenabkommen bereit, als Gegenleistung für die Bereitstellung von zwei modernen Leichtwasserreaktoren durch ein multilaterales Konsortium, die »Korean Energy Development Organization« (KEDO), auf seine veralteten und waffenfähiges Plutonium produzierenden Reaktoren zu verzichten. Damit war die Gefahr des von Pyöngyang zuvor angebotenen Ausstiegs aus dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen gebannt. Obwohl dieses Abkommen – gleichsam als Nebeneffekt – Japan vor einer möglichen atomaren Bedrohung durch Nordkorea schützte, wußte Tokyo sehr wohl, daß es nicht wegen Japan geschlossen wurde.⁸ Was die Regierung in Tokyo noch mehr schmerzte: Von Japan wurde mehr oder weniger selbstverständlich erwartet, fast 25% der Kosten (ca. 1 Mrd. US-Dollar, die allerdings später wieder zurückgezahlt werden sollte) für das Energiekonsortium KEDO zu übernehmen.

Aufenthaltsgenehmigung, sind aber als Ausländer innerhalb der japanischen Gesellschaft isoliert.

⁷ Vgl. Kankoku Keishohokudo: Shimane Kenshiji no Takeshima hatsugen ni hanpatsu, koryuchushi [Präfekturverwaltung von Kyongsan Bukdo: Proteste zu den antikoreanischen Äußerungen des Gouverneurs von Shimane], in: Mainichi Shinbun (Internetausgabe) vom 6.3.2001.

⁸ Vgl. Kay Möller/Markus Tidten, Was wird aus Nordkorea? Bestandsaufnahme im Februar 1997, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 1997 (SWP-KA 3009), S. 8.

Auch innenpolitisch konnte Japans Führung der Bevölkerung keine Erfolge vorweisen. Ein baldiges Ende der schwachen Konjunktur und der steigenden Arbeitslosigkeit war nicht in Sicht, und die Euphorie des Neuanfangs nach den Wahlen vom Sommer 1993 war verpufft. Den ständig wechselnden Regierungschefs⁹ war es nicht gelungen, umfassende Reformen durchzuführen. Es wurden zwar die Personen ausgetauscht, einen wirklichen Führungswechsel aber hat es seit 1995 nicht gegeben. Selbst der einstige Hoffnungsträger Koizumi macht offensichtlich keine Ausnahme, wenn man die Hintergründe der Entlassung von Außenministerin Tanaka betrachtet.¹⁰

In den Jahren 1994/95 mußte Japan also einen Fehlschlag auf der gesamten innen- und außenpolitischen Linie konstatieren. Obwohl auch in der Außenpolitik Anspruch und Wirklichkeit immer weiter auseinanderklafften, wurde und wird an den beiden hochgesteckten außenpolitischen Zielen unbeirrt festgehalten. Erstens: eine größere politische Akzeptanz Japans in Asien und weltweit, insbesondere in den außenpolitischen Überlegungen Washingtons. Das konkrete Ziel ist die Anerkennung eines weltpolitischen Mitspracherechts, das im Wunsch nach einem permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommt. Zweitens: eine Aufwertung innerhalb der japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft vom (schweigenden) Juniorpartner zum mitbestimmenden Allianzpartner. Das ist besonders für die Befürworter des Sicherheitsvertrages von 1952, die nach wie vor noch eine Mehrheit in Japan bilden, die wirksamste Methode, das Fortbestehen der Allianz abzusichern.

Mitte 1996 begann ein neues Gipfelkarussell zwischen China und Rußland – beide verstehen sich als Großmacht – und beider Staaten mit den USA als der tatsächlichen Supermacht. In dieser Zeit prägte Chinas Premier Jiang Zemin die Vokabel der »strategischen Partnerschaft« zur Beschreibung der chinesisch-russischen Beziehung. Die USA unter Clinton näherten sich China an und erlebten 1997/98 eine regelrechte

⁹ Von 1993 bis heute zählt das Land acht Ministerpräsidenten, davon fünf aus der LDP. Gegenwärtig besteht eine Koalitionsregierung aus LDP, New Komei (politischer Arm einer neobuddhistischen Laiensekte namens Sokagakkai, konservativ geprägt) und der Neokonservativen Partei (eine Abspaltung der größeren Liberalen Partei unter Führung von Ozawa Ichiro).

¹⁰ Vgl. Gaisho to Gaimujikan Kotetsu [Rücktritt der Außenministerin und des Staatssekretärs im Außenministerium], in: Asahi Shinbun (Internetausgabe) vom 30.1.2002.

China-Euphorie. Um nicht endgültig den selbst beanspruchten Status einer Großmacht zu verlieren, blieb Japan nichts anderes übrig, als sich an dem »Gipfelwettbewerb« zu beteiligen. So startete Tokyo 1997 in einem Abkommen mit Rußland seine »Eurasian Diplomacy«.¹¹ Die alte japanische Forderung nach Rückgabe der vier umstrittenen Kurileninseln wurde von Ministerpräsident Ryutaro Hashimoto geschickt in ein gesamtökonomisches Maßnahmenpaket für die Inseln verpackt. Der Aufbau der Infrastruktur durch japanische Investitionen sollte parallel zu den Verhandlungen über die Rückgabe erfolgen. Als Ziel wurde für das Jahr 2000 die Unterzeichnung eines Friedensvertrages vereinbart (den Friedensvertrag gibt es bis heute nicht, die Inseln sind noch unter russischer Hoheit). Inzwischen setzte sich Tokyo erfolgreich für die Aufnahme Rußlands in die APEC ein und begrüßte seine Mitgliedschaft in der G-7- bzw. G-8-Gruppe; im Gegenzug sicherte Moskau Tokyo Unterstützung bei dessen Bemühen um einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu.

Um gegenüber der US-Regierung nicht den – de facto unnötigen – Verdacht zu erwecken, zu enge Beziehungen mit Rußland zu unterhalten, ging Tokyo an die Aufwertung seines Verteidigungsbündnisses mit den USA¹² und bemühte sich um eine Entspannung in seinem Verhältnis zu China¹³. Aus der Sicht Tokyos schien japanische Außenpolitik langsam an Gestalt zu gewinnen. Zumindest hatte man die diplomatische Isolation der frühen neunziger Jahre überwunden. Auch das Verhältnis zu Südkorea machte Fortschritte. Dem seit Februar 1998 in Seoul amtierenden Präsidenten Kim

Dae Jung wurde bei seinem Staatsbesuch in Japan sogar eine schriftliche Entschuldigung für die japanische Kolonialherrschaft von 1910 bis 1945 überreicht. Kim sagte dafür zu, im bilateralen Diskurs nicht länger die »Geschichtskarte« zu spielen und den südkoreanischen Markt für japanische »Kulturgüter« (gemeint sind moderne Entertainmentprogramme und japanische Schlager) zu öffnen.¹⁴

Im Gegensatz zu den außenpolitischen Erfolgen befanden sich die Beziehungen zwischen Nordkorea und Japan zu diesem Zeitpunkt in einer tiefen Krise. Der Abschluß einer nordkoreanischen Langstreckenrakete über japanisches Territorium im August 1998, von Pyöngyang als »Satellitentest« titulierte,¹⁵ führte der japanischen Regierung, vor allem aber der Bevölkerung ihre Schutzlosigkeit überdeutlich vor Augen. Amerikas Pläne für ein Raketenabwehrsystem wurden plötzlich in einem anderen Licht gesehen. Vorübergehend froh Tokyo die Finanzhilfe für KEDO ein und stoppte auch die Lebensmittelhilfen für Nordkorea. Dieses Ereignis wirkte – sowohl nach innen als auch nach außen – wie eine zusätzliche Begründung für die neuen Verteidigungsrichtlinien, die erstmals seit Beendigung des Krieges Japans Selbstverteidigungstreitkräfte (SDF) einen größeren Handlungsspielraum außerhalb des Landes einräumten.

Wenig später, Ende 1998, verschlechterte sich das Verhältnis zu China erneut. Gedacht als feierliche Bestätigung des in der Amtszeit von Ministerpräsident Kakuei Tanaka geschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrages¹⁶ und als Fortsetzung der im Mai durch Verteidigungsminister Kuyama hoffnungsvoll begonnenen neuen bilateralen Verständigung, endete ein Staatsbesuch Jiang Zemin in einer diplomatischen Katastrophe. War es sieben Monate vorher Ministerpräsident Obuchi beim Treffen mit dem südkoreanischen Regierungschef noch gelungen, eine schriftliche Entschuldigung zu überreichen, so wurde zum Abschluß des chinesischen Besuches nicht einmal eine »gemeinsame Erklärung« unterzeichnet. Die von China

11 Vgl. Break the Stalemate with Russia, in: The Japan Times online (Internetausgabe) vom 29.4.1999.

12 Im März 1999, fast ein Jahr nach Beginn der Gesetzesinitiative, wurden die neuen Verteidigungsrichtlinien endgültig vom Parlament verabschiedet. Zur Entstehungsgeschichte der Verteidigungsrichtlinien vgl. Markus Tidten, Eine neue sicherheitspolitische Rolle für Japan? Der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag in der Revision, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 1997 (Auftragsstudie für den Verteidigungsausschuß), S. 15.

13 Anfang Mai 1998 besuchte mit Fumio Kuyama erstmals ein japanischer Verteidigungsminister China. Gedacht vor allem als Beruhigung Beijings in bezug auf die zu dieser Zeit in Japan diskutierten neuen Verteidigungsrichtlinien, begann hiermit ein intensivierter Dialog über beiderseitige Sicherheitsfragen. Auch der erstmalige Besuch eines hohen LDP-Politikers, des stellvertretenden LDP-Generalsekretärs Hiromu Nonaka, an der Gedenkstätte in Nanking unterstreicht die neue japanisch-chinesische Annäherung. Vgl. Japan aktuell. Wirtschaft Politik Gesellschaft (Institut für Asienkunde Hamburg), 6 (August 1998) 4, S. 343.

14 Vgl. Japan aktuell. Wirtschaft Politik Gesellschaft (Institut für Asienkunde Hamburg), 6 (Dezember 1998) 6, S. 573.

15 Zu den Einzelheiten vgl. Markus Tidten, Nordkoreas Satellitentest: Eine Leuchtrakete über Japans Sicherheitspolitik, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 1998 (SWP-AP 3082).

16 Dieser Vertragsabschluß gehört zu den großen außenpolitischen Erfolgen von Kakuei Tanaka (1972–74), dem Vater der vor kurzem entlassenen Außenministerin Makiko Tanaka. Er wurde allerdings im Dezember 1974 wegen seiner Verwicklung in einen Bestechungsskandal des Flugzeugherstellers Lockheed im Amt verhaftet.

erwartete Entschuldigung erfolgte nur mündlich und bestand bloß aus vagem »Bedauern über die unglückliche Beziehung zwischen beiden Staaten in der Vergangenheit«.¹⁷

Der plötzliche Tod Obuchis brachte im April 2000 einen neuen Mann in das Regierungsamt. Stetiger Abwärtstrend der japanischen Wirtschaft, sinkendes Ansehen der Regierung im Ausland und schwere Verluste der LDP bei den allgemeinen Wahlen wurden Yoshiro Mori, dem Nachfolger Obuchis, angelastet.¹⁸ Seine »Zwei-Insel-Initiative«,¹⁹ adressiert an Präsident Putin, lief ins Leere und blamierte Tokyo. Zudem versprach Mori dem ehemaligen taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui ein Einreisevisum, das offiziell mit der Notwendigkeit einer medizinischen Behandlung in Japan begründet wurde. Moris Zusage, die er ohne vorherige Konsultation seiner Bürokraten gegeben hatte, löste erwartungsgemäß in China heftige Proteste aus.

Mit dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi gab es zunächst trotz der spektakulären Umstände seiner Wahl immer noch die alten Probleme: Eine Neuauflage des Streits über japanische Geschichtsbücher für Schulen²⁰ führte zu einem Aufschrei in

China und Korea. Auch die schnelle und fast heimliche Abschiebung des Sohnes von Kim Jong-il, der am 3. Mai 2001 mit falschen Papieren am Flughafen Narita aufgegriffen wurde, irritierte Öffentlichkeit und Ausland gleichermaßen. Zudem kam es zu Verstimmungen mit den USA, weil Außenministerin Tanaka öffentlich die Bush-Administration wegen der amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem kritisierte und auch Koizumi selbst seine anfängliche Skepsis gegenüber dem neuen amerikanischen Präsidenten nicht verbarg.

17 Vgl. Japan aktuell. Wirtschaft Politik Gesellschaft (Institut für Asienkunde Hamburg), 7 (Februar 1999) 1, S. 33f. Der Mißerfolg wog um so schwerer, als mit Jiang Zemin erstmals ein chinesischer Regierungschef Japan besuchte.

18 Keizo Obuchi starb im April 2000 an einem Herzinfarkt. Dadurch waren die LDP-Granden gezwungen, ohne ausreichende Vorbereitung einen Nachfolger zu bestimmen. Yoshiro Mori war ein Verlegenheits- und Übergangskandidat. Seine peinlichen sprachlichen Ausrutscher (»Japan, das göttliche Land unter seinem Kaiser«) sowie eine Reihe von Skandalen trugen dazu bei, daß die öffentliche Zustimmung zur Regierung auf ein nie gekanntes Maß sank. Vgl. Mr. Mori's Year in Review, in: The Japan Times online (Internetausgabe) vom 18.4.2001.

19 Yoshiro Mori meinte im März letzten Jahres in Irkutsk, mit dem russischen Präsidenten Putin eine neue Phase in den Verhandlungen über die Nordterritorien einleiten zu müssen. Sein Vorschlag, zunächst nur zwei der von Japan geforderten vier Inseln zurückzugeben und über die anderen nach einem Friedensvertrag zu verhandeln, übergang die seit Kriegsende unveränderte offizielle Position Tokyos, der zufolge die Rückgabe aller vier Inseln die Voraussetzung für einen Friedensvertrag ist. Die Ministerialbürokratie legte sich quer, rechtsnationale Kreise bekamen Aufwind, und das Image war geschädigt.

20 Der sogenannte Schulbuchstreit ist eine mittlerweile regelmäßig wiederkehrende außenpolitische Belastung. Die im Kultusministerium eingesetzte Kommission, welche die neuen Schulbücher für das Fach Geschichte überwacht und die traditionell von der LDP besetzt wird, beschönigt (und streicht mitunter sogar) immer wieder Passagen, die von Grausamkeiten des japanischen Militärs in Asien während

des Pazifischen Krieges handeln. Die Einrichtung einer gemeinsamen japanisch-koreanischen Historikerkommission wurde schon oft vorgeschlagen, ist aber noch nicht realisiert worden.

Die Last der Geschichte

In den letzten zehn Jahren hat es von seiten der japanischen Außenpolitik eine Reihe von Versuchen gegeben, Einflußsphären zu sichern und eine bedeutende internationale oder wenigstens regionale Rolle zu spielen. Das Muster war dabei – zumindest bis in die jüngste Vergangenheit – stets das gleiche: ökonomische Macht durch geeignete Maßnahmen in politische, kulturelle, unter Umständen auch militärische Macht zu verwandeln. Solange eine respektable ökonomische Stärke für die außenpolitischen Verhandlungspartner sichtbar und erfahrbar war, schien das Konzept aufzugehen (wenn auch, wie oben gezeigt, immer wieder von Rückschlägen begleitet). Nachdem sich im Zuge der Finanzkrise von 1997 besonders in Asien die Wahrnehmung verbreitet hatte, die Wirtschaftskraft Japans schwinde (tatsächlich ist das Land immer noch die zweitgrößte Wirtschaftsnation und der größte Gläubiger der USA), wurde eine Fortsetzung dieser »Geld-gegen-Einfluß«-Politik schwierig. Vor allem in den USA und in Europa wurde dies mit einem »Stillstand der Außenpolitik« Japans gleichgesetzt. In der internationalen Presse dominierte das Bild von einem Land, das nur noch mit sich selbst beschäftigt sei. Es fehlte Japan in dieser Situation sowohl an Mitteln (seine »außenpolitischen Mittel« waren ökonomischer Art) als auch an Konzepten und Kompetenzen seiner politischen Führungsschicht, um dem Eindruck entgegenzusteuern, die Außenpolitik Tokyos trete trotz einiger Bemühungen auf der Stelle.

Betrachtet man das Auf und Ab der japanischen Außenpolitik seit 1995, dann fällt eine Regelmäßigkeit auf: Rückschläge nach vermeintlichen Höhepunkten oder diplomatischen Erfolgen waren meist mit Verweisen auf Japans Geschichte verbunden. So wurde vom Ausland immer wieder an die historische Verantwortung Japans erinnert, hochrangigen japanischen Politikern (in der Regel aus dem Kreis der LDP-Oligarchie) ein kritikloser Umgang mit der Geschichte vorgeworfen und nationalistische Tendenzen in Japan sowie die angestrebte Verfassungsrevision beargwöhnt. Befremdlich wirkt in diesem Zusammenhang das Zusammentreffen zweier Tatsachen: Zum einen gibt es in Japan eine pazifistische Grundeinstellung der Bevölkerung. Obwohl die Mehrheit für eine Revision der Verfassung wächst, sind nach wie vor 70 bis 80 % der

Befürworter der Auffassung, daß eine Revision *nicht* die Eliminierung des Artikels 9 (Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik) bedeuten darf.²¹ Zum anderen fragt sich besonders das asiatische Ausland, warum japanische Regierungschefs sich stets von neuem der vorhersehbaren heftigen Kritik, vor allem aus China und Korea, aussetzen, indem sie – mehr oder weniger offiziell – den mit Nationalismus und Militarismus in Verbindung gebrachten Yasukuni-Schrein²² aufsuchen.²³ Dabei ist das symbolische Vorzeigen der japanischen Flagge und Hymne nicht geeignet, japanische Wähler zu beeindrucken, im Gegenteil, es wirkt eher abstoßend. Das belegen die massenhaften Proteste, als durch ein Gesetz im August 1999 (erstmal seit 1945!) das Sonnenbanner offiziell zur Nationalflagge und die kaiserliche Hymne »Kimi ga Yo« zur Nationalhymne erklärt wurden.²⁴

Die Ursache für das scheinbar widersprüchliche Verhalten der Politiker wird von den Kritikern leicht übersehen. Zwar ist allgemein bekannt, daß die Besuche am Schrein aus wahltaktischen Gründen statt-

²¹ Vgl. Masaru Tamamoto, *A Land Without Patriots, The Yasukuni Controversy and Japanese Nationalism*, in: *World Policy Journal*, 18 (Herbst 2001) 3, S. 39.

²² Der Yasukuni-Schrein ist ein shintoistisches Heiligtum, in dem seit der Meiji-Zeit (1868–1912) die Seelen der Soldaten verehrt werden, die für Japan in Kriegen gefallen sind. Unter anderem wird dort auch von bestimmten nationalistischen Kreisen Japans den Seelen einiger japanischer Kriegsverbrecher gedacht.

²³ Vgl. hierzu vor allem: Iris Wiczeorek, *Kontroversen um den Yasukuni-Schrein: Kriegsmahnmahl oder Symbol eines japanischen Nationalismus?*, in: *Japan aktuell. Wirtschaft Politik Gesellschaft* (Institut für Asienkunde Hamburg), 9 (August 2001) 4, S. 382–389. Dabei sind die Besuche japanischer Ministerpräsidenten durchaus nicht so zahlreich und werden nicht so regelmäßig durchgeführt, wie die Heftigkeit der ausländischen Kritik vermuten läßt. Der Yasukuni-Besuch Koizumis am 13. August 2001 beispielsweise war der erste eines Regierungschefs nach fünf Jahren. Seit 1985 suchten von den zwölf japanischen Ministerpräsidenten lediglich vier den Schrein auf (vor Koizumi: Nakasone 1985, Miyazawa 1992, Hashimoto 1996). Vgl. Tamamoto, *A Land Without Patriots* (wie Anm. 21), S. 34.

²⁴ Vgl. Hinomaru: *Shuinhonkaigiho ni tsuzuki Sanin demo keiyo wo kento rainen kara* [Hinomaru: Parlamentsdebatte in beiden Häusern zur Nationalhymne], in: *Mainichi Shinbun* (Internetausgabe) vom 23.11.2001.

finden. Aber dabei geht es überhaupt nicht um die Sicherung von Wählerstimmen, sondern um Finanzmittel, die als politische Spenden der Yasukuni-Organisationen für die LDP außerordentlich wichtig sind. Jeder LDP-Politiker ist auf sie angewiesen, wenn er die kostspieligen Wahlkämpfe führen will.²⁵ Auch ein weiteres Moment im Zusammenhang mit dem Yasukuni-Schrein konnte Tokyo dem eher an vordergründigen Vorwürfen interessierten Ausland nicht ausreichend vermitteln. Wenn Kritik am Yasukuni-Schrein zu Protesten in der japanischen Bevölkerung führt, muß man genau hinsehen, wer in Japan aus welchem Grund protestiert. Dies sind vor allem die Angehörigen und Hinterbliebenen der Gefallenen. Ihnen geht es nicht um ein vermeintliches nationales Symbol. Ebensovienig werden sie von einem rechtslastigen Patriotismus angetrieben. Die Hinterbliebenen, also meist ältere Japaner, leben noch sehr viel mehr in den ursprünglichen shintoistischen Traditionen der Ahnenverehrung als Japans jüngere Generationen. Eine Verurteilung der Schreinbesuche oder eine Verunglimpfung des Schreins würden in den Augen dieser Menschen die Gefallenen (die im Bewußtsein der meisten nicht ein Opfer für Kaiser, Vaterland oder sonst einen patriotischen Inhalt brachten, sondern einfach in einem schicksalhaften Krieg ums Leben kamen) nachträglich zu Verbrechern stempeln.²⁶ Das aber kann ein shintoistisch geprägter Japaner nicht ertragen. Die Ahnenverehrung ist ein kulturelles Gut, das nicht aus nationalstaatlichen Überlegungen des für Japan eher atypischen Meiji-Staates²⁷ erklärt wer-

den kann, aus dessen Gedankengut der nationalistische Aspekt des Yasukuni-Schreins herrührt.

²⁵ Die Japanische Hinterbliebenen-Vereinigung (Nihon Izokukai) ist einr der wichtigsten Geldgeber der LDP. Sie zählt mittlerweile ca. eine Million Familien als Mitglieder, darunter 110 000 LDP-Parteimitglieder. Vgl. BBC Monitoring Global Newline, Politics, vom 17.4.2001 und Takahara *Kanako*, LDP Race: Popular Appeal vs. Vote Machines, in: The Japan Times online (Internetausgabe) vom 19.4.2001.

²⁶ Vgl. *Tamamoto*, A Land Without Patriots (wie Anm. 21), S. 34.

²⁷ Die Meiji-Restauration von 1876 machte aus dem bisherigen Inselreich, geprägt von dörflichen Gesellschaftsstrukturen, einen monarchistischen Nationalstaat nach westlichem Vorbild. Die Kapitulation von 1945 bereitete dieser Fiktion ein Ende. Die von den Amerikanern »vorgeschriebene« Verfassung führte u.a. den Kaiser wieder dahin zurück, wo er ohnehin die meiste Zeit in der japanischen Geschichte war: in die Rolle einer Symbolfigur ohne jegliche politische Macht und Verantwortung. So ist es auch aufschlußreich, daß die einmal üblich gewesenen Besuche von Mitgliedern der kaiserlichen Familie im Yasukuni-Schrein sofort eingestellt wurden, nachdem 1978 die Namen von vierzehn Kriegsverbrechern in den Schrein aufgenommen worden waren.

Von den Verteidigungsrichtlinien zum Antiterrorgesetz

Nach der Asienkrise von 1997 war es für Tokyo nicht mehr zu übersehen: Japan hatte seine wirtschaftliche Führungsrolle in der Region verloren. Da für diese Dominanz bis auf weiteres auch die Mittel fehlen werden, bleibt nur die Konzentration auf eine politische Rolle. Die wiederum ist – wenn überhaupt – nur im Rahmen der Allianz mit den USA denkbar. In diesem Zusammenhang war es besonders das sogenannte Golfkriegssyndrom,²⁸ aus dem die Planungsstäbe in Japans Ministerialbürokratie wichtige Lehren gezogen haben. Die seit Beendigung des Ost-West-Konfliktes überfällige Überarbeitung der Verteidigungsrichtlinien war zwar noch ein langwieriger Vorgang, schuf aber 1999 völlig neue Rahmenbedingungen für Japans Sicherheitspolitik. Obwohl »kollektive Verteidigung« offiziell noch ein politisches Unwort ist, ermöglichen die neuen Richtlinien seitdem eine ausgedehnte logistische Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte in Japans Umfeld (»areas surrounding Japan«), wenn die Sicherheit des Landes in Gefahr ist. Damit war theoretisch bereits die Möglichkeit japanischer Militäreinsätze auch außerhalb des eigenen Territoriums gegeben. Das bedeutet zwar noch keine politische Rolle in der Region, aber als Voraussetzung für eine solche ist es unabdingbar.

Vor diesem Hintergrund überrascht die gesetzgeberische Antwort Tokyos auf den 11. September mehr durch ihre Schnelligkeit als durch ihre Inhalte, denn die waren eine logische Fortsetzung der Ansätze von 1999. So wurde Georg W. Bush von Koizumi sofort »uneingeschränkte Solidarität« (unconditional support) zugesagt. Schon eine Woche nach dem 11. September reiste der stellvertretende US-amerikanische Verteidigungsminister nach Tokyo und mahnte eine der Allianz gemäße Unterstützung an. Am 16. Oktober

2001 erließ das Parlament im Rahmen der »Antiterrormaßnahmen« ein SDF-Entsendungsgesetz, das die gesetzliche Regelung von 1999 ersetzte. Schon am 9. November 2001 lief das erste Kontingent der japanischen Marine, bestehend aus zwei Zerstörern und einem Versorgungsschiff,²⁹ in Richtung Indischer Ozean aus. Dadurch bekam der Begriff »areas surrounding Japan«, der sich bislang im wesentlichen auf Japans Nachbarschaft (Koreanische Halbinsel oder die Straße von Tai-wan) bezogen hatte, völlig neue Dimensionen. Dabei ist folgendes bemerkenswert: Hatte es während der Diskussionen um die neuen Verteidigungsrichtlinien noch diplomatischer Anstrengungen gegenüber China bedurft, den Terminus »areas surrounding Japan« geographisch unverfänglich zu interpretieren, gab es jetzt kaum Probleme – weder in der innenpolitischen Diskussion noch bei den Nachbarn Japans –, diese »areas« bis Zentralasien auszudehnen. Auch die sonst bei wesentlich geringeren Aktivitäten des japanischen Militärs automatisch vorgebrachten Proteste aus China und Korea blieben aus.³⁰

Das kann als ein Anzeichen dafür interpretiert werden, daß sich die sicherheitspolitischen Parameter in Ostasien verschoben haben. Zwar besuchte Präsident Bush im Februar auf seiner ersten Länderreise in Fernost nach dem 11. September zuerst Tokyo; die neue Macht in Asien, dessen weitere Entwicklung die USA vor allem interessiert – auch als Risikofaktor für die Region –, ist aber ohne Zweifel China. Boomende Wirtschaft und zweistellige Wachstumsraten kennzeichnen ein Land, das mit seinen 1,3 Milliarden Menschen bald Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht in Asien ablösen könnte.³¹ Außerdem handelt es sich bei China um eine Atommacht und ein ständiges Mitglied des

²⁸ Während im Golfkrieg von 1991 eine alliierte Streitmacht unter Führung der USA Kuwait von den irakischen Invasoren befreite, war Japan – obwohl in extremem Maße von sicheren Ölimporten aus dem Nahen Osten abhängig – erst nach langwierigen Diskussionen im Parlament und aufgrund verfassungsmäßiger Beschränkungen nur zu einer finanziellen Unterstützung (13 Mrd. US-Dollar) für die Allianz bereit. Vgl. Neue sicherheitspolitische Parameter für Ostasien, langfristige Folgen des 11. September, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19.12.2001, S. 5.

²⁹ MSDF Flotilla Bound for Indian Ocean, in: The Japan Times online (Internetausgabe) vom 9.11.2001. Mittlerweile wurde dieses erste Kontingent im Februar durch die beiden Zerstörer *Haruna* (4950 t) und *Sawakaze* (3950 t) ersetzt. Vgl. The Japan Times online (Internetausgabe) vom 13.2.2002.

³⁰ Vgl. Axel Berkofsky, Japanese Support for the U.S. Military Campaign, in: RUSI Newsbrief (Royal United Services Institute for Defence Studies), 21 (Dezember 2001) 12, S. 136.

³¹ Nach Einschätzung der US-Investmentbank Lehman Brothers könnte China bereits im Jahr 2030 Japan wirtschaftlich überholt haben. Vgl. Harald Maass, Neue Allianzen in Fernost, in: Frankfurter Rundschau vom 15.2.2002, S. 3.

Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Washingtons Bemühen um Beijing wirkt auf Tokyo wie ein neuer Schulterschuß der USA mit China angesichts des internationalen Terrorismus. So telefonierte Bush nach dem 11. September wesentlich öfter mit Beijing als mit Japans Regierungschef Koizumi. Für die USA war es das Hauptanliegen, Beijings Duldung bzw. Zustimmung für die Militäraktionen in Afghanistan zu bekommen, während Washington die von Tokyo mit einer bisher unbekanntten Schnelligkeit verabschiedeten Gesetze zur Unterstützung des US-Militärs im Kampf gegen den Terrorismus lediglich als eine allianzpolitische Selbstverständlichkeit wertete.

Fazit

Japans Reaktionen auf den 11. September signalisieren weniger eine vermeintlich neue Außenpolitik als vielmehr ein neues und in gewisser Weise toleranteres Umfeld für Tokyo. Was Japan als Antwort auf die Terroranschläge präsentierte, ist vielleicht an Intensität und Schnelligkeit neu, Motivation und Ziel von Tokyos Außenpolitik sind jedoch gleich geblieben. Nach wie vor geht es um Anerkennung und Akzeptanz. Trotz der spektakulären Gesetze (die Japans Militär einen bisher nie vorstellbaren Aktionsradius ermöglichen) und der »neuen« Regierung Koizumi (neu ist allein ihre unorthodoxe Entstehung) ist Japans Außenpolitik geblieben, was sie seit Jahrzehnten schon war: reaktiv und nicht initiativ. So gesehen bestätigen sich die Erwartungen nicht, die viele Beobachter im In- und Ausland an die neue Regierung kurz nach ihrer Amtsübernahme im April 2001 geknüpft haben. Die Umstände bei der Entlassung der Außenministerin Tanaka haben schließlich deutlich gemacht, daß auch der »Reformer« Koizumi nur soviel politischen Spielraum besitzt, wie ihm die im Hintergrund wachende Gruppe aus LDP-Granden und Ministerialbürokraten zugesteht.

Wenn Japans sicherheitspolitisches Bewußtsein im Sinne einer »uneingeschränkten Solidarität mit den USA« zur Zeit wenig Anlaß zu diplomatischen Spannungen mit China gibt, ist das nicht etwa Folge einer neuen und geschickteren Außenpolitik. Die Aufwertung Chinas durch die USA lassen für Beijing Japan als »unproblematisch« erscheinen, solange Tokyo eingebunden bleibt in die japanisch-amerikanische Allianz. An diesem Punkt sind weder in Washington noch in Tokyo anderweitige Überlegungen auszumachen. Im Gegenteil, gerade der 11. September hat offensichtlich sowohl den USA die Vorteile einer von China »geduldeten« Militäraktion verdeutlicht, als auch beiden, Tokyo und Washington, klar gemacht, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind. So wirkte der 11. September weniger als Wendepunkt in bezug auf Japans nach wie vor reaktive Außenpolitik. Vielmehr handelte es sich hierbei um eine Art Katalysator, der im Zeitraffer verdeutlicht, was die eigentliche Raison d'être der japanisch-amerikanischen Allianz ist: die Ermöglichung einer prominenten Stellung Japans in Asien, die ohne Einbindung in US-amerikanische Asienpoli-

tik nicht denkbar wäre. Washingtons »neue China-Euphorie« ist daher keine Alternative zum japanisch-amerikanischen Verhältnis. Für die USA ist ein entspanntes Verhältnis zu China ohne die Sicherheit der Allianz Washington–Tokyo unvorstellbar. Umgekehrt ist für Tokyo eine prominente Rolle in Asien ohne US-amerikanische Duldung bzw. Unterstützung (das ist aus Sicht Washingtons die Essenz der Sicherheitspartnerschaft) nicht denkbar. Wenn es etwas Neues in Japans außenpolitischen Überlegungen geben sollte, ist es die Erkenntnis, daß der Sicherheitsvertrag sich – aus Sicht Tokyos – von einem ursprünglichen Schutzbündnis für Japan (gegen die Sowjetunion und auch gegen das kommunistische China) zur *Conditio sine qua non* für eine politische Rolle Japans in Asien gewandelt hat.

Zur Zeit beschränkt sich dieser »sicherheitspolitische Realismus« noch auf allianzspezifische Bereiche. Mit den neuen Gesetzen hat die Ministerialbürokratie im Verteidigungsamt und im Außenministerium jedoch Fakten geschaffen, deren Auswirkungen für die Zukunft noch gar nicht absehbar sind. Sollte mittel- bis langfristig Japans Konjunktur und Wirtschaft wieder an Kraft gewinnen, könnte Tokyo mit ähnlicher Selbstverständlichkeit, mit der es jetzt seinen sicherheitspolitischen Rahmen bestimmt, auch versuchen, seine politische Rolle in der Region neu zu definieren. Es ist eher unwahrscheinlich, daß sich in diesem Fall Japans Nachbarn ähnlich ruhig verhielten wie nach dem 11. September. Einer »neuen Wirtschaftsmacht Japan« stünde ein militärisches Potential zur Verfügung, das noch in den siebziger und achtziger Jahren undenkbar gewesen wäre. Spätestens dann wird sich zeigen, ob die sicherheitspolitische Partnerschaft zwischen Washington und Tokyo beruhigend auf die Region wirken kann.

Abkürzungen

APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of South East Asian Nations
BSP	Bruttosozialprodukt
KEDO	Korean Energy Development Organization
LDP	Liberal-demokratische Partei
ODA	Official Development Assistance
SDF	Self Defense Forces